

A n t r a g

der Fraktion der AfD

EntschlieÙung

**zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

- Drucksache 7/4437 -

**Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Abs. 1 bis 6
des Infektionsschutzgesetzes für den Freistaat Thüringen
gemäß § 28a Abs. 8 des Infektionsschutzgesetzes
(IfSG)**

**Intensivmedizinische Kapazitäten kurzfristig erhöhen,
Leben retten, Freiheit erhalten!**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Auch mit dem Beschluss zur Anwendbarkeit des § 28a Abs. 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes für den Freistaat Thüringen wird der seit Beginn der Corona-Krise im März 2020 eingeschlagene Weg der bisherigen Corona-Politik fortgesetzt, der sich längst als gescheitert erwiesen hat.
2. Die Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) konnte mit den von der Landesregierung und der Bundesregierung angeordneten Maßnahmen (insbesondere Tests, Maskenpflicht, Impfungen) in den zurückliegenden zwanzig Monaten nicht wirksam eingedämmt werden, weshalb es mit dem Beginn der diesjährigen Erkältungszeit wieder einen starken Anstieg der positiven Corona-Testergebnisse gibt.
3. Auch zwanzig Monate nach Beginn der Krise verfolgt die Landesregierung keine wirksame und evidenzbasierte Strategie zum Schutz der Risikogruppen, wie zum Beispiel Bewohner in Alten- und Pflegeheimen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Sterblichkeit bei den über 80-Jährigen COVID-19-Erkrankten trotz einer hohen Impfquote einen vergleichbaren Wert erreicht (65 Prozent, Stand 18. November 2021) wie im Dezember 2020, als es noch keine Impfungen gab.

4. Erfahrungen und Erkenntnisse aus den vergangenen zwanzig Monaten, beispielsweise bezüglich der verwendeten Kennzahlen zur Bestimmung der Warnstufen, der Wirksamkeit der angeordneten Maßnahmen und Einschränkungen (wie Maskentragen, Tests, Impfungen, Abstandsgebote) und die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben wurden von der Landesregierung bis heute keiner kritischen Auseinandersetzung inklusive etwa einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen. Die sich hierin ausdrückende Lern- und Erfahrungsverweigerung widerspricht einer verantwortungsbewussten Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht.
5. Das Thüringer Gesundheitssystem wird seit langem an der Grenze der Handlungsfähigkeit betrieben, weil das Erfordernis, Kosten zu sparen, die Ausgestaltung der Versorgung prägt. Weil bei Personal und Kapazitäten überaus knapp kalkuliert wird, führen nicht planbare Steigerungen in der Bettenbelegung - zum Beispiel infolge einer Grippewelle oder nun während der Corona-Krise - zu Überstunden, Platznot, verschärftem Personalmangel und Versorgungsengpässen. Für diese Lage sind mithin nicht das Coronavirus, "die Ungeimpften" oder stigmatisierte politische Parteien verantwortlich, sondern die Gesundheits- und Sparpolitik der vergangenen Jahrzehnte.
6. Insbesondere der in den vergangenen Monaten während der Corona-Krise vorgenommene Abbau von Intensivbettenkapazitäten hat zu einer Verschärfung der Belastungssituation in den Krankenhäusern Thüringens geführt.
7. Viele ausgebildete Fachkräfte arbeiten auch in Thüringen nicht mehr in der medizinischen Versorgung. Nicht wenige von ihnen würden in ihren Beruf zurückkehren, wenn dieser attraktiver gestaltet würde. Es ist die Aufgabe der Landespolitik, ein entsprechendes kurzfristig wirksames Programm aufzulegen, um diese Personen wieder für die medizinische Versorgung, insbesondere für eine Tätigkeit in den Krankenhäusern zurückzugewinnen.
8. Eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen, wie etwa den medizinischen Berufen, provoziert, dass viele der in diesen Berufen arbeitenden Personen ihrer Stelle den Rücken kehren, wodurch die Krisensituation noch weiter verstärkt wird.
9. Die Politik der Landesregierung ist hinsichtlich der Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus von Anfang an auf die massenhafte Impfung der Bevölkerung als dem einzigen Weg aus der Corona-Krise fixiert. Die Versprechungen, die die Landesregierung mit der Propagierung der Impfung gegen COVID verbunden hat, haben sich allesamt als leer erwiesen. Weder hat die "vollständige" Impfung von inzwischen über 60 Prozent der Thüringer die Ausbreitung des Virus zurückgedrängt, noch schützt die Impfung vor einer Infektion oder verhindert die Weitergabe des Virus. Dementsprechend ist inzwischen nicht mehr davon die Rede, dass man bei einer Impfquote von 60 bis 70 Prozent "ein hohes Maß an Freiheit zurückgeben" werde, wie der Thüringer Ministerpräsident im Sommer 2021 verlauten ließ.
10. Die Landesregierung nimmt mit ihrer Politik schwere und sogar tödliche Impfreaktionen der COVID-19-Impfungen in Kauf und hat kein Interesse daran, Fragen zur Wirkung der Impfungen und

zum Risiko von Impfschäden aufzuklären, obwohl beispielsweise die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) auf ihrer Informationsplattform EudraVigilance angibt, dass die Wahrscheinlichkeit eines Todesfalles im Zusammenhang mit einer COVID-19-Impfung 44-mal und die Wahrscheinlichkeit einer schwerwiegenden Nebenwirkung 69-mal höher ist als bei einer Grippeimpfung.

11. Die einseitige Fixierung der Landesregierung auf die massenhafte COVID-19-Impfung hat dazu geführt, dass geimpfte und ungeimpfte Personen ungleich behandelt wurden und werden, indem beispielsweise ungeimpften gesunden Personen der Zugang zu Einrichtungen oder Veranstaltungen verboten wird ("2G") oder bei Personen, die einen Impfnachweis vorweisen, auf Tests verzichtet wird. Dadurch werden nicht nur mögliche Infektionsquellen (nämlich geimpfte Überträger des Virus einerseits, ungeimpfte andererseits) ungleich behandelt, sondern es zeigt sich, dass das primäre Ziel der Maßnahmen nicht so sehr im Gesundheitsschutz als vielmehr darin besteht, die Menschen zur Impfung zu nötigen und einen starken allgemeinen indirekten Impfwang zu etablieren.
 12. Die Fixierung der Politik auf die Impfung als vorgeblich einzigem Weg aus der Corona-Krise führt dazu, alternative Lösungsansätze weithin zu ignorieren. Es existieren bereits Heil- und Prophylaxemittel gegen COVID-19 und es ist zu erwarten, dass weitere solcher Mittel entwickelt werden. Auch beispielsweise Kenntnisse darüber, dass eine möglichst frühzeitige Behandlung das Fortschreiten der Corona-Infektion und damit Hospitalisierungen und Sterbefälle signifikant reduzieren kann, sollten Gegenstand öffentlicher Aufklärung sein.
 13. Politik und Medien machen zunehmend Stimmung gegen "Ungeimpfte", die als Sündenböcke für die gegenwärtige Situation angeprangert werden. Eine derartige Aufwiegelung spaltet die Gesellschaft, zerstört Vertrauen und stellt einen Bürgerverrat dar, der in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht hinnehmbar ist.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. ein landeseigenes Sofortprogramm zur Rückgewinnung von medizinischem Fachpersonal, das außerhalb des erlernten Berufs arbeitet, aufzulegen; für alle Fachkräfte, die außerhalb ihres erlernten Berufs arbeiten, aber für die gegenwärtige Situation in die Krankenhäuser zurückkehren, ist ein gesetzlich garantierter Sonderurlaub und eine Rückkehrprämie in Höhe von 5.000 Euro zu gewähren, wenn sie noch im Dezember ihren Dienst antreten und bis zum Mai 2022 verbleiben; außerdem soll eine landeseigene Sonderprämie für Personal intensivmedizinischer Stationen in Höhe von 1.000 Euro monatlich von Dezember 2021 bis Mai 2022 eingeführt werden um den Anreiz zu erhöhen, sich dort für den Dienst zu melden;
 2. ein Sofortprogramm aufzulegen, mit dem Ärzte im Ruhestand und fortgeschrittene Medizinstudenten für den Einsatz gegen die COVID-19-Erkrankung gewonnen werden;
 3. sich gegen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ebenso wie gegen die Einführung einer Impfpflicht für einzelne Berufsgruppen einzusetzen, seien dies direkte oder indirekte Pflichten; auch beispielsweise bei medizinischem Personal und den Gesundheitsfachberufen ist es zu respektieren, wenn sich Personen nicht gegen COVID-19 impfen lassen wollen;

4. eine Ausstiegsstrategie für die Beendigung sämtlicher Corona-Maßnahmen und die vollständige Beseitigung aller mit diesen Maßnahmen verbundenen Grundrechtseinschränkungen vorzulegen sowie ein Konzept für den wirksamen Schutz der Risikogruppen zu entwickeln;
5. einen Entschädigungsfonds für Impfpflichtige einzurichten, wie er ähnlich im EU-Parlament debattiert wird (vergleiche Entschließungsantrag B9-0475/2021), nachdem der Europäischen Arzneimittelagentur rund eine Million Fälle von Nebenwirkungen nach der Impfung mit COVID-19-Impfstoffen gemeldet wurden, von denen etwa 75.000 Personen schwerwiegende neurologische Nebenwirkungen erlitten haben und mindestens 5.700 Personen an der Impfung verstorben sind;
6. jegliche politische Maßnahme zu unterlassen, die auf eine Spaltung der Gesellschaft abzielt oder eine solche bewirkt.

Begründung:

Unter dem Eindruck bundesweit steigender Zahlen positiver Corona-Testergebnisse und dem Erreichen der höchsten Warnstufe in Thüringen reagiert die Politik mit weiteren Verschärfungen der bereits bekannten Maßnahmen und drastischen Einschränkungen in sämtlichen Lebensbereichen. Die Maßnahmen richten sich insbesondere darauf, Personen, die sich nicht mit einem der neuen COVID-19-Impfstoffe behandeln lassen möchten, zur Impfung zu drängen. Dazu werden Maßnahmen größter Ungleichbehandlung ergriffen, die nicht nur zur Spaltung der Gesellschaft beitragen, sondern die in ihrer Wirksamkeit überwiegend fragwürdig sind oder sich bereits als untauglich erwiesen haben, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Die Erwartungen, die die Landesregierung mit ihrer Impfstrategie geweckt hat, haben sich nicht erfüllt, Versprechungen, die den Bürgern gemacht wurden, hat man nicht eingehalten.

Während die Regierungsmaßnahmen keine Zurückdrängung des Coronavirus bewirkt haben, erweist sich die gegenwärtige Lage an den Krankenhäusern als Folge verfehlter Politik. Die Überlastung des Gesundheitssystems nämlich ist keineswegs erst seit der Corona-Krise ein Problem. In zurückliegenden Jahren kam es namentlich bei Grippewellen wiederholt zu deutlichen Versorgungsengpässen an unseren Krankenhäusern. Die Lage ist also schon länger problematisch. Gründe dafür sind allgemein bekannt: Nicht zuletzt wird seit Jahrzehnten das Personal unterbezahlt, mit immer mehr bürokratischen Verpflichtungen belastet und von der Politik im Stich gelassen. Die Folge ist eine Abwärtsspirale: Weil immer mehr Fachkräfte wegen der gerade in Krankenhäusern bestehenden oft schlechten Arbeitssituation den Beruf verlassen, wird diese Situation noch schlechter. Das wiederum macht die Gesundheitsberufe bei der Nachwuchsgewinnung unattraktiver.

Zudem wurde ausgerechnet während der Corona-Krise auch in Thüringen die Anzahl der Intensivbetten deutlich reduziert. Während 2020 zeitweise bis 1.100 Betten verfügbar waren, waren es Ende Oktober 2021 nurmehr etwa 700.

Anstatt die strukturellen Mängel endlich politisch anzugehen, erfinden die politischen Verantwortungsträger jetzt angesichts des Coronavirus lieber Sündenböcke, um von ihrem jahrzehntelangen Versagen abzulenken. Dieser Umgang mit der Situation treibt einen Keil der Spaltung in unsere Gesellschaft und ist zutiefst verantwortungslos.

Es war und ist fatal, allein auf Impfungen zu setzen und zudem mögliche Infektionsquellen ("Geimpfte" vs. "Ungeimpfte") ungleich zu behandeln, anstatt die Arbeitsbedingungen für medizinisches Personal zu verbessern, das Gesundheitssystem nachhaltig zu stärken und auch andere Strategien als nur die Impfung zu verfolgen. Leider lassen auch die jüngsten Beschlüsse der Ministerpräsidenten und der amtierenden Bundeskanzlerin und die entsprechenden Änderungen des Infektionsschutzgesetzes keine Bereitschaft erkennen, aus den Erfahrungen, die seit Beginn der Corona-Krise gemacht wurden, zu lernen. Nach wie vor wird wider besseres Wissen behauptet, dass Impfen "gerade jetzt" der einzige Weg aus der Krise sei. Es ist an der Zeit, dass die Landesregierung von ihrer Haltung der Lernverweigerung abrückt, die desaströsen Folgen ihrer Corona-Politik nicht länger ignoriert und endlich andere Wege beschreitet.

Für die Fraktion:

Braga